

NEIN zur israelischen Besatzung, zu Entrechtung, Landraub und Vertreibung!

Mai 1948: die „Nakba“, die Katastrophe der Vertreibung von
770 000 Palästinensern von ihrem Land.

Juni 1967: Im Sechstagekrieg werden weitere 300 000 Palästinenser vertrieben,
mehr als die Hälfte davon zum zweiten Mal.

Seitdem, seit 44 Jahren, sind das Westjordanland, Ostjerusalem und die Golanhöhen
von Israel besetzt, der Gazastreifen, zuerst ebenfalls besetzt, ist seit 2005
durch Blockade von der Außenwelt abgeschnitten.

Seit 44 Jahren missachtet Israel zahllose UN-Resolutionen zur Beendigung der
völkerrechtswidrigen Besatzung und Blockade. Israel, die viertgrößte Militärmacht der Welt und die
größte, auch mit Atomwaffen ausgerüstete Militärmacht im Nahen und Mittleren Osten, bedroht das
palästinensische Volk in seiner Existenz und beraubt es systematisch aller Lebensmöglichkeiten.



In den 44 Jahren der Besatzung hat Israel den Palästinensern in den besetzten Gebieten ihre international garantierten Rechte auf ausreichend Nahrung und Wasser, auf Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung verweigert.

Gegen alles Völkerrecht wurden illegal Siedlungen für fast 500 000 Siedler auf gestohlenem palästinensischem Land errichtet und die palästinensische Bevölkerung in voneinander isolierten Bantustans auf nur noch der Hälfte des Westbank-Territoriums zusammengedrängt.

In den 44 Jahren der Besatzung hat Israel

- Zehntausende Palästinenser von ihrem Land vertrieben (zusätzlich zu den 770 000 im Jahr 1948 Vertriebenen)
- Tausende getötet und Zehntausende verwundet (Seit dem Jahr 2000 erschoss die israelische Armee 934 palästinensische Kinder!)
- Mehr als 20 000 palästinensische Häuser zerstört
- 650 000 Palästinenser, darunter rechtmäßig gewählte Parlamentarier und Minister, inhaftiert (augenblicklich gibt es ca. 8 000 palästinensische Gefangene, darunter 340 Kinder)
- und mehr als eine Million Ölbäume vernichtet.

Durch ein System von Abriegelungen, Belagerungen, Ausgangssperren, Straßenblockaden und Checkpoints wird die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in ihrem eigenen Land drastisch eingeschränkt.

Seit Juli 2002 wird in der Westbank auf palästinensischem Land die „Mauer“, eine riesige Sperranlage, gebaut, mit dem Ziel, die großen Siedlungsblöcke und das Jordantal dem israelischen Staatsgebiet einzuverleiben.

Seit Beginn der Regierung Netanyahu wird die Siedlungspolitik in extremem Ausmaß beschleunigt. Trotz internationaler Proteste und der Aufforderung der USA, den Siedlungsbau wenigstens einzufrieren, wird in rasantem Tempo weitergebaut. Dabei trifft es Ostjerusalem besonders hart, das mit aller Gewalt judaisiert werden soll: Schon zahlreiche alteingesessene Familien wurden vertrieben und ihre historisch wertvollen Häuser abgerissen oder von Siedlern besetzt, im Stadtteil Silwan sollen 88 Häuser einem „Historienpark“ weichen, was 1 500 Menschen obdachlos machen wird.

Leisten Palästinenser Widerstand, wird unter Verletzung der Genfer Konventionen die gesamte Bevölkerung mit Kollektivstrafen belegt: Durch zahlreiche Angriffe der israelischen Besatzungsarmee mit Panzern, Bulldozern und F 16-Kampfbombern ist der Großteil der Infrastruktur in der Westbank und im Gazastreifen zerstört worden.

Der **Gazastreifen** wird nach dem Abzug der israelischen Siedler und Soldaten im Jahr 2005 weiter vollständig von Israel kontrolliert und von der Außenwelt abgeriegelt, mit verheerenden Folgen für die Versorgung der 1,6 Millionen Einwohner. Seit 2007 herrscht eine fast totale Blockade des Gazastreifens. Offensichtlich soll die Bevölkerung ausgehungert werden, um ihre demokratisch gewählte Regierung zu stürzen. Der grausame Krieg Israels gegen den Gazastreifen vom 27. Dezember 2008 – 18. Januar 2009 hat mehr als 1 400 Menschen im Gazastreifen das Leben gekostet, über 5 000 wurden verletzt, 22 000 Gebäude und fast die gesamte Infrastruktur zerstört. Und die Blockade geht unerbittlich weiter!

Die viel beschworene „Internationale Gemeinschaft“ trägt einen großen Teil der Verantwortung für diese Völker- und Menschenrechtsverletzungen: Angeführt von den USA haben zahlreiche Regierungen die israelische Besatzungs- und Blockadepolitik aktiv unterstützt.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **die Beendigung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung der illegalen israelischen Besatzungs- und Blockadepolitik**
- **eine Außenpolitik, die sich aktiv für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes einsetzt: für das Recht auf Selbstbestimmung, die Errichtung eines eigenen souveränen palästinensischen Staates in den Grenzen vom Juni 1967, Anerkennung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und die Entschädigung für das Leid des palästinensischen Volkes.**

Nur so wird ein dauerhafter Frieden erreicht.

Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V.
zum „Tag des Bodens“ am 30. März 2011
und zum 6. Juni 2011

V.i.S.d.P. Karin.Steinbrinker@t-online.de